

Haushaltsrede des **Fraktionsvorsitzenden der Freien Wählergemeinschaft** im Kreis Warendorf e.V. **Rudolf Nahrman** zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2013 am 14.12.2012 in Warendorf.

*Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse,
verehrte Kolleginnen und Kollegen!*

Wer in der heutigen Zeit glaubt, über den Inhalt eines öffentlichen Haushaltes und seine Auswirkungen auf die Bürger nachdenken zu sollen, wie wir, der ist schon fast verpflichtet, **Haushaltslöcher in Griechenland, Spanien und demnächst Frankreich** sowie den **europäischen Rettungsschirm** mit einzubauen, um noch wahrgenommen zu werden.

Oder haben Sie etwa den Eindruck, dass die seit Jahren dringend erforderliche Reformierung und Sanierung der kommunalen Haushalte in der öffentlichen Wahrnehmung noch eine bedeutende Rolle spielt?

Glauben Sie, die Bundesregierung sehe in der immer höheren Verschuldung ihrer Städte (fast 60 Milliarden allein in NRW) und ausgeweiteter Handlungsunfähigkeit einen **vorrangigen Grund**, endlich eine **durchgreifende, nachhaltige Reform der Kommunal Finanzen** in Angriff zu nehmen?

Ganz offensichtlich nicht !

Die von Herrn Dr. Schäuble eingesetzte Kommission hat ihre Arbeit vor 3 Jahren ergebnislos eingestellt und bisher nicht wieder aufgenommen.

Stattdessen und wenigstens insoweit hilft der Bund durch **Einzelmaßnahmen** wie die Übernahme der Kosten für Grundsicherung und Erwerbsminderung.

Natürlich hilft das, eine wirklich **dauerhafte Problemlösung ist es indes nicht.**

Über 70 Prozent der Steuereinnahmen stehen Bund, Ländern und Gemeinden **gemeinsam** zu und werden seit Jahren auf diesen 3 Ebenen nach Regeln verteilt, die keine angemessene Aufgabenerfüllung ermöglichen.

Städte und Gemeinden sind dabei der schwächste Partner, erleben, wie die Gelder auf Länderebene versickern und sie selbst trotz bester Konjunkturlage ihre Haushalte nicht ausgeglichen bekommen.

Sie können die Regeln des Gemeindefinanzausgleichs halt nicht in ihrem Sinne zurechtrücken und müssen auf ein umfassendes Reformwerk nach der Bundestagswahl 2013 im Angesicht der Schuldenbremse 2020 hoffen.

Bei uns im Kreis Warendorf sieht es nicht anders aus, das muss einfach gesagt werden, denn es schlägt durch bis ins Wohnzimmer eines jeden Bürgers unseres Kreises.

Wegen der ständig steigenden Soziallasten und fehlender Bezahlung durch Bund und Land müssen wir für 2013 entweder die Städte höher belasten oder wir müssen Eigenkapital verbrauchen, solange wir noch ausreichend zur Verfügung haben.

Aber dazu später.

Zur speziellen Situation unseres Kreises Warendorf:

Natürlich muss der Kreis prüfen, ob seine Ausgaben weiter reduziert werden können, um mit gesunkenen Schlüsselzuweisungen auszukommen.

Sparsamkeit ist weiterhin erstes Gebot!

Bei den **Sachaufwendungen** sind uns, der **FWG**, durchgängig keine erforderlichen Korrekturen der Haushaltsplanansätze aufgefallen. Es wird sichtbar sparsam gehaushaltet, auch im investiven Bereich ist nicht immer das Teuerste „erste Wahl“.

Die Sanierung des Kreishauses trägt die **FWG** voll mit, die vorgesehenen Maßnahmen sind unter verschiedensten Gesichtspunkten, auch energetischen, dringend erforderlich.

Auch der Eingangsbereich soll von uns nicht ausgenommen, sondern bürgerfreundlich und effektiv umgestaltet werden.

Die vorgesehene Kostenstreckung auf 5 Jahre ist zur Haushaltsentlastung auch in unserem Sinne und entsprechend beantragt.

Der Neubau des Bauhofes in Kooperation mit der Stadt Beckum ist ein Vorzeigemodell für weitere Investitionen gemeinsam mit Städten unseres Kreises zur Vermeidung von Doppelbelastungen.

Gemeinsame Materialbeschaffungsinitiativen (auch mit dem Land) gehen ebenfalls in die richtige Richtung. Hier ist noch Spielraum nach oben!

Gestiegene **Personalkosten** im Haushalt 2013 sind insbesondere auf den erforderlichen Ersatz der Zivildienstkräfte im Rettungsdienst zurückzuführen.

Ist leider so, das tragen wir natürlich mit, zumal den Kosten weitgehend entsprechende Einnahmen gegenüberstehen.

Insgesamt haben **wir Freien Wähler** bei dem Volumen dieser größten Ausgabenposition des Haushalts allerdings **weiterhin ein Gefühl der Unsicherheit**.

Wir fühlen uns bestärkt durch die Forderung von Herrn Dr. Strothmann, dem Sprecher der Bürgermeister, in Teilbereichen des Kreishaushaltes eine umfassende **Aufgabenkritik** durchzuführen.

Warum hat der das Gefühl, das sei erforderlich?

Er hat die Aufgabenkritik im Bereich der Stadt Beckum übrigens unter Einbeziehung der politischen Vertreter umfassend umgesetzt.

Uns haben die **Berichte der Rechnungsprüfungsämter** des Landes wie auch zuletzt des Kreises Warendorf doch aufgeschreckt.

Wenn da unter anderem auf die Tatsache verwiesen wird, im Sozialamtsbereich werde die **vorhandene Software nur sehr unzureichend genutzt** und wenn im Amt für „**Kinder, Jugendliche und Familien**“ festgestellt wird, dass über mehrere Jahre keine Bemühungen unternommen werden, Ansprüche, zu vertretender Kinder zu realisieren und befürchtet wird, diese könnten verloren gehen, dann hört für uns der Spaß auf !!

Die von uns favorisierte Aufgabenkritik von außen durch Profis haben sowohl die CDU-Kreisverwaltung als auch die SPD abgelehnt, mögen die selbstheilenden internen Kräfte zügig eine deutliche Verbesserung herbeiführen, völlig losgelöst von der Frage, ob dafür **mehr oder weniger** Personal erforderlich ist.

Welche **besonderen Themen**, teils mit Anträgen verbunden, sind heute explizit zu erwähnen?

Ein ganz wichtiges Thema ist das **Kreisentwicklungsprogramm Warendorf 2030**

Die Zukunftsentwicklung mit Hilfe von „prognos“ wird von den Bürgern im Kreis offensichtlich angenommen und auf den verschiedensten Teilnahmebereichen mit guten Ideen und Vorschlägen angereichert.

Die bereits jetzt annähernd 3500 Beiträge unserer Bürger sind aus unserer Sicht eine gute Resonanz und verpflichten auch uns Bürgervertreter, uns angemessen einzubringen und uns die Anregungen unserer Bürger zu Nutzen zu machen.

Die **FWG** fordert die Kreisverwaltung auf, dafür die Plattform zu schaffen, schließlich geht es z.B. um die Bewältigung der Frage, warum laut kürzlich erstellter Prognose der Kreis Warendorf in den nächsten Jahren den größten Bevölkerungsrückgang der Münsterlandkreise zu verkraften haben wird.

Wichtig ist es auf jeden Fall, auch den Kreistags-Mitgliedern die Befragungsergebnisse für ihre politische Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Für die **Sozialdemokraten** ist die Einführung des **Sozialtickets** angeblich von so elementarer Bedeutung, dass sie glauben, den Kreishaushalt nicht mittragen zu können.

Diese Einstellung ist für die FWG unverständlich.

Die Tickets sind nicht kostenneutral, sie verursachen im Kreis Verwaltungsaufwand, im Land echte Zusatzkosten und sind unserer Meinung nach unsozial, warum?

Weil sie den zahlreichen „Geringverdienern“, die täglich mit steigenden Fahrzeugkosten (Unterhaltung-und Betrieb) für den Weg zur Arbeitsstätte kalkulieren müssen, nicht gerecht wird,

die die Arbeit nehmen müssen, die eben möglich ist und das auch tun.

Der erkennbare Zusammenhang zu unserem Kreishaushalt erschließt sich zudem nicht, wir, die FWG, können hier nur reine Parteipolitik erkennen und wollen damit nichts zu tun haben.

Die Vielzahl der Anträge und Anfragen von **Bündnis90/Die Grünen** war in diesem Jahr schon auffällig. Nichts Negatives, im Gegenteil, wozu ist unsere Verwaltung schließlich da?

Aus welchen sachlich, inhaltlichen Gründen jedoch der Haushaltsplan 2013 abgelehnt wird, hat sich uns nicht erschlossen.

Der Ausbau unserer **Verkehrsnetze im Kreis Warendorf** ist nicht nur im letzten Jahr sondern gerade jetzt wieder frisch durch die Aufstockung der Bundesmittel ein wichtiges Thema.

Dringend wollen wir den schnellstmöglichen Ausbau der B64, der B475, der Umgehung Beckum und anderer Entlastungs- und Verbindungsstrecken.

In Anbetracht sich abzeichnender erneuter Nichtberücksichtigung bei der Aufstockung von Bundesmitteln fragt sich die FWG gelegentlich, ob die dauerhafte Präsenz unseres Bundestagsabgeordneten (Mitglied im Verkehrsausschuss) bei den diesbezüglichen Entscheidungsträgern nicht den zahlreichen heimischen Foto - Terminen mit Tauben und Kaninchen vorzuziehen wäre.

Den Grünen kann es recht sein.

Die **Sicherheit unserer Bürger** zuhause und unterwegs

wird zunehmend zum Problem. Jedem, der regelmäßig die Tageszeitung liest, fällt auf, dass schon seit vielen Monaten fast täglich Wohnungseinbrüche stattfinden, tagsüber, nachts und in allen Orten des Kreises.

Dieser Zustand ist ein **ernstes Problem** und darf von uns nicht als unabwendbar hingenommen werden. Positive Statistiken über Aufklärungsquoten helfen den Menschen nicht weiter, wenn sie betroffen sind, ihr Schlafzimmer durchwühlt wurde oder wegen ständig neuer Fälle das Gefühl haben, „bald sind auch wir dran“.

Einher geht dieser nicht akzeptable Zustand derzeit mit der Neuorganisation der Polizeibehörde Warendorf. Aber was sind die Fakten?

Immer weniger Personal wird vom Land zur Verfügung gestellt mit der Folge, dass der Kreis versucht, durch Neuorganisation seine bisherigen Aufgaben zu erfüllen.

Bündnis 90/Die Grünen wollten den landesweiten Personalbestand noch deutlich verringern!

Bei aller Liebe, das geht nicht!

Aber die Ursache der Misere liegt beim Land und jedwede Resolution, wie die der SPD-Beckum muss sich zwangsläufig an die eigene Regierung wenden und nicht an die, die mit „Sparen am falschen Ende“ klarkommen müssen.

Die **Energiewende** in Deutschland kann auch den Kreis Warendorf nicht außen vor lassen. Zwar ist der Kreis in Sachen „alternativer Energien“ durchaus bereits tätig geworden, es stellt sich für die FWG jedoch die Frage, ob nicht durch Koordination auf

Kreisebene ähnlich wie im Kreis Steinfurt („Unser Landstrom“) Maßnahmen in Richtung „energieautarker Kreis“ unternommen werden sollten.

Auf entsprechende Diskussionen sind wir gespannt.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf für 2013 hat als Grundlage den vorläufigen Erkenntnisstand 2012 und die sich ergebenden Bilanzansätze.

Der Knackpunkt für die FWG, dem Haushaltsplan zuzustimmen oder ihn abzulehnen basiert auf folgenden teils bekannten Fakten, teils neu eingetretenen gesetzlichen Veränderungen:

1. Schon seit Ende des vorherigen Jahrhunderts hat der Kreis WAF rund 625.000 RWE-Aktien entstanden aus Beteiligungen seiner Kommunen.
2. Diese Aktien werden als Finanzanlagen unter „Beteiligungen“ im Kreishaushalt zulässig als Anlagevermögen der Bilanz mit einem Buchwert von ca.72 € pro Aktie geführt.
3. Der Verkauf der Aktien vor 5 Jahren auf Antrag der FWG zu einem damaligen Kurswert von rund 95 € wurde von CDU und SPD abgelehnt mit dem Hinweis: “wir verkaufen unser Tafelsilber nicht“.

Daraus resultiert ein Kapitalverlust nach Steuer für den Kreis Warendorf von deutlich über 20 Millionen € !!!

4. Die Aktien befinden sich inzwischen nachhaltig in einem Bereich von 26-36 € und die Bilanz des Kreises weist schon seit Jahren ein völlig überhöhtes Eigenkapital aus.

5. Die FWG hat bereits in den Vorjahren auf diesen besorgniserregenden und kaum noch zu rechtfertigenden Zustand hingewiesen.
6. Das Land NRW hat mit dem 1. NKF-Erweiterungsgesetz im September 2012 , verabschiedet **ohne die Stimmen der CDU**, die Möglichkeit geschaffen, Sonderabschreibungen vorzunehmen und das Kapital zu korrigieren, **ohne negative Folgewirkung für Städte und Gemeinden.**

Es hat außerdem eine Umqualifizierung des Eigenkapitals durch einmalige Aufstockung der Ausgleichsrücklage 2012 ermöglicht.

Das war enorm wichtig, insofern war die **Enthaltung der CDU** im Landtag völlig unverständlich, Frau Birkhahn!

Fazit für den Kreis Warendorf:

Die RWE-Beteiligung wird nunmehr unter Zugrundelegung eines Wertes von 50 € pro Aktie ausgewiesen. Dieser Wert befindet sich am äußersten oberen Rahmen eines unseres Erachtens zulässigen Schätzungsspielraums, der auch von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW eingeräumt wird.

Die **FWG** hat die Ausübung des Ermessensspielraums in diesem Sinne gefordert und trägt das Ergebnis mit.

Das nunmehr ausgewiesene Eigenkapital des Kreises beruht dennoch auf besonderen kommunalen Bewertungsmöglichkeiten, nach Handelsgesetzbuch würde sich derzeit **überhaupt kein Positivkapital** ergeben!

Unseren Städten und Gemeinden muss das klar gesagt werden, **es gibt keinen reichen Kreis Warendorf**, das einstige Tafelsilber liegt auf längere Sicht als billiges Cromargan auf dem nicht zu üppig gedeckten Tisch.

Unseren Bürgermeistern muss klipp und klar sein, dass der Kreishaushalt in den nächsten Jahren vermutlich eine wie in den Vorjahren praktizierte Entlastung der städtischen Haushalte nicht mehr hergeben wird.

Die schon genannte besondere Maßnahme zur Auffüllung der Ausgleichsrücklage in Höhe von fast 2 Millionen Euro lässt aber für 2013 einen Haushaltsausgleich ohne Erhöhung der Kreisumlage zu.

Die Rücklage wird auch dann noch nicht vollständig verbraucht sein, zukünftige strukturelle Defizite im Kreishaushalt sind dadurch nicht erkennbar und unsere Städte und Gemeinden brauchen das Geld **jetzt und zwar dringend!**

Ein Zurückbehalten für das nächste Jahr, quasi als Wahlgeschenk, weil man dann keine unangenehmen Nachrichten verbreiten möchte, halten wir für nicht ehrlich und lehnen wir ab.

Wir haben beantragt, die Kreisumlage nicht um 0,4 % zu erhöhen sondern auf dem bisherigen prozentualen Stand zu belassen.

Da die Beschlussvorlage uns nicht folgt, lehnen wir die Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfes 2013 ab.

Die erforderliche Mehrheit zur Haushaltsverabschiedung erscheint ja dennoch gesichert.

Faszinierend finde ich es immer wieder, Herr Hild, wie es Ihnen geradezu mit magischen Fähigkeiten gelingt, den „**Linken**“ im Kreistag zu suggerieren, die Entscheidungen der CDU-Kreisverwaltung seien Ausfluss sozialistischer Denkweise.

So können Sie sich in entscheidenden Phasen auf die **tiefrote Unterstützung** verlassen, falls wider Erwarten Ihr Langzeitpartner einmal ausfallen sollte.

Erlauben Sie mir zum Schluss die **scherzhafte** Bemerkung, dass Sie diese außergewöhnliche magisch/hypnotisierende Begabung, sollten Sie Ihre Aufgabe als Fraktionsvorsitzender einmal beenden, gewiss auch noch im Rahmen einer kleinen **250 €-Tätigkeit** nutzen können.

Genug der Politik im Jahre 2012 !

Ich danke im Namen der FWG allen Bediensteten der Kreisverwaltung für ihren unermüdlichen Arbeitseinsatz und besonders den Beschäftigten in der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltes.

Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

